



Dr. Johannes Fechner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berliner Bote 05/2015

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich, hier die neueste Ausgabe des Berliner Boten präsentieren zu können und darin meine politische Arbeit der letzten Wochen für Sie/für Euch zu dokumentieren:

Flüchtlinge: Europa muss endlich gemeinsam handeln!

Wir alle haben das schreckliche Schiffsunglück im Mittelmeer mit über 800 Toten erlebt und es stellt sich nun wirklich die Frage, was wir tun müssen. Hier gibt es keine schnellen einfachen Lösungen. Wir müssen zum einen den Terrorismus bekämpfen, damit Menschen nicht aus ihrer Heimat flüchten müssen. Des Weiteren müssen wir im Mittelmeer ein Rettungssystem aufbauen, um Schiffbrüchigen rechtzeitig helfen zu können. Allerdings muss auch das System der Flüchtlingsverteilung verbessert werden. Es kann nicht sein, dass wir Deutschland in ganz erheblichen Umfang Flüchtlinge aufnehmen, während andere europäische Länder sich dieser Aufgabe verweigern. Wichtig ist mir, dass die Gemeinden und Kreise nicht mit der Flüchtlingsunterbringung allein gelassen werden. Die SPD ist schon lange dafür, dass die Unterbringung der Flüchtlinge komplett vom Bund übernommen wird. Ausdrücklich will ich darauf hinweisen, dass wir mehr Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingestellt haben, was dafür dazu geführt hat, dass die Dauer von Asylbewerberverfahren von acht Monaten auf fünf Monate gesenkt werden konnte, so dass für alle Beteiligten schneller klar ist, ob sie als Asylbewerber im Land bleiben können oder nicht.

Antiterrorgesetzgebung

Am 23. April habe ich in diesem Zusammenhang im Bundestag anlässlich der Debatte des Gesetzes zur Strafbarkeit der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten eine Rede gehalten. Wir wollen schon die Ausreise bestrafen, wenn die Absicht in der Absicht, im Ausland sich Interrückens

ausbilden zu lassen ausweist. Auch die Terrorismusfinanzierung wollen wir lückenlos unter Strafe stellen.

Die Rede kann in der Mediathek des Bundestages angesehen werden.

<http://www.bundestag.de/mediathek/?isLinkCallPlenar=1&action=search&contentArea=details&ids=4964536&instance=m187&categorie=Plenarsitzung&destination=search&mask=search>

Vorratsdatenspeicherung

Vergangene Woche hat Justizminister Heiko Maas Leitlinien zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung vorgestellt. Er hat gut mit der Union verhandelt und ich halte den erzielten Kompromiss für vertretbar, obwohl ich diesem Entwurf gegenüber sehr skeptisch bin. Wir haben die Speicherung im Vergleich zum früheren Gesetz auf deutlich weniger Daten sowie deutlich kürzere und differenzierte Fristen eingegrenzt. Kommunikationsinhalte werden nicht gespeichert und die Daten sind für die Strafverfolgungsbehörden nur nach einem Richterbeschluss einsehbar. Was genau gespeichert werden soll, ist in den Leitlinien des Justizministeriums zu finden:

http://www.bmju.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/20150415-Leitlinien-HSF.pdf?__blob=publicationFile

In einem Interview mit der Badischen Zeitung habe ich mich dazu geäußert:

<http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/maas-hat-gut-verhandelt--103741154.html>

Einbruchskriminalität eindämmen

Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist seit 2010 um 25 Prozent gestiegen. Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern wächst die Sorge, eines Tages selbst Opfer eines Einbruches zu sein. Für uns ist klar: Wir lassen die Menschen mit diesen Ängsten nicht allein. Wir wollen deshalb Mieter und Wohneigentümer unterstützen, Haus oder Wohnung besser gegen Einbrecher zu schützen. Davon müssen auch Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen profitieren. Deshalb wollen wir Zuschüsse im Rahmen von KfW-Programmen aufstocken und Maßnahmen zum Schutz gegen Einbruch besser fördern. Investitionen in Sicherheitstechnik allein werden das Problem jedoch nicht lösen. Entscheidend ist, dass der Fahndungserfolg steigt. Denn eine hohe Aufklärungsquote ist die beste Abschreckung. Derzeit bleiben jedoch bei drei von vier Einbrüchen die Täter auf freiem Fuß. Um die Ausstattung der Ermittlungsbehörden zu verbessern, hat der Bund deshalb 2015 die Mittel für die Bundespolizei um 100 Mio. Euro erhöht ist.

Gespräch mit Landwirten zum Mindestlohn

Auf meine Einladung reiste in dieser Woche der Buchholzer Landwirt für Beerenobst Martin Kury gemeinsam mit Franz-Joseph Müller, Vorsitzender des Landesverbandes Erwerbsobstbau Baden-Württemberg und Rosa Karcher, Präsidentin des Landfrauenverbandes Südbaden nach Berlin. Die Gäste trafen sich im Bundestag mit der für den Mindestlohn zuständigen Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Annette Kramme.

Kury stellte seine Befürchtung dar, dass die Regelungen für die Lohnauszahlung und Arbeitszeitbeschränkungen für landwirtschaftliche Betriebe erhebliche Wettbewerbsnachteile brächten. Außerdem äußerte er die Sorge, dass die umfangreichen Dokumentationspflichten sehr streng vom Zoll kontrolliert werden. Staatssekretärin Kramme erläuterte, dass die Länder über die Landratsämter genügend Ausnahmen von der Tageshöchst Arbeitszeit von 10 Stunden zuließen. Bis zu 12 Stunden seien möglich. Mehrarbeit vor Hitzewellen und Schlechtwetterperioden oder Sondereinsätze etwa wegen zur Schädlingsbekämpfung seien ihrer Ansicht nach Notfälle, die auch noch längere tägliche Arbeitszeiten zulassen können. Sie verwies ferner darauf, dass Arbeitsministerin Nahles beim für den Zoll zuständigen Minister Schäuble darauf hinwirke, die Zollkräfte zurückhaltend und möglichst in Zivil agierten. Sie schlug zudem vor, dass der landwirtschaftliche Tarifvertrag die gesetzlich mögliche Regelung übernimmt, dass erst nach zwei Monaten und somit nach Beendigung der Arbeitsperiode der Erntehelfer die Gesamtabrechnung und eine Auszahlung des Gesamtlohns erfolgt. Zudem bot Anette Kramme an, mit der Gewerkschaft IG B-A-U in Gespräche hierüber in Kontakt zu treten und diese von der Notwendigkeit einer solchen Regelung für die Erntehelfer zu überzeugen.



Auf dem Foto sind v. l. Martin Kury, Johannes Fechner, Anette Kramme, Franz-Joseph Müller und Rosa Karcher zu sehen.

Neues aus dem Wahlkreisbüro

Im März und April 2015 war mein Tatendrang leider dadurch etwas gebremst, dass Raphael und Ralf einige Wochen leider nicht im Büro anwesend sein konnten. Mit Martin Bos habe ich nun einen weiteren Mitarbeiter für das Wahlkreisbüro eingestellt, der insbesondere journalistische Erfahrung mitbringt. Wenn Ihr meinen

Namen googelt seht Ihr unter News die deutschlandweite Berichterstattung über meine Arbeit und meine Aktivitäten.

Veranstaltungshinweise

Auf die folgenden Veranstaltungen möchte ich Euch hinweisen und würde mich über Euren Besuch freuen:

12.5.2015: Einbruchskriminalität verhindern! Diskussion mit Vertretern von Polizei, Weißer Ring und einer Sicherheitsfirma in Emmendingen

13.5.2015: Sinn und Unsinn von Freihandelsabkommen - Themenstammtisch in Lahr

18.5.2015: Nils Schmid in Emmendingen, 18:00 Uhr, Cinemaja

6.7.2015: Wie geht's weiter mit Griechenland? Diskussionen in Lahr und Emmendingen mit Lothar Binding, finanzpolitischer Sprecher

15.7.2015: Das neue Anti-Doping-Gesetz, Diskussion mit Heiko Maas, 18 Uhr in Freiburg, Paulussaal

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Dr. Johannes Fechner, MdB